

NN vom 09.02.2007

## Private Schule abgelehnt

Humanistischer Verband scheiterte vor Verwaltungsgericht

**Das Ziel des Humanistischen Verbands Deutschland – Nürnberg, eine private, humanistische Grundschule in Fürth zu gründen, ist vorerst gescheitert. Das Verwaltungsgericht Ansbach bestätigte gestern die Haltung der Regierung von Mittelfranken, die eine Schulgenehmigung für den Verband abgelehnt hatte.**

Eine weltoffene Grundschule, in der erst 50, später bis zu 100 Kinder nach reformpädagogischen Ansätzen unterrichtet werden sollten, das war das Ziel des Humanistischen Verbandes. Er ist bereits Träger von drei Kindertagesstätten in Nürnberg und Fürth. Schulräume in der Erlanger Straße hatte man schon gefunden. Rund 40 Anmeldungen gab es kurz vor dem geplanten Startschuss 2004.

Doch die mittelfränkische Regierung verweigerte die Genehmigung. Sie bezog sich dabei auf das Grundgesetz, das eindeutig die einheitliche „Schule für alle“ verlangt und nur wenige Ausnahmen zulässt. Im vorliegenden Fall fehle das dazu notwendige „besondere pädagogische Interesse“, so die Regierung. Das Konzept des Verbandes, bündle nämlich lediglich bekannte reformpädagogische Ansätze und stelle keine Innovation im Sinne des Gesetzgebers dar.

Michael Bauer, Geschäftsführer des Nürnberger Verbandes hielt dagegen, dass man bewusst die Erfolg versprechendsten Elemente vorhandener Schulformen übernommen und zu einem neuen Gesamtkonzept zusammengefügt habe. Das überzeugte die Richter aber nicht.

Elemente wie „Umweltpädagogik“ oder „Demokratie in der Schule“, seien nicht nur an den bereits existierenden Privatschulen, sondern auch in der regulären staatlichen Schule längst vorhanden, befand der Vorsitzende Richter Roland Voigt. Er folgte damit den Ausführungen von Regierungsdirektor Bodo Domröse und Schulamtsdirektor

Wolfgang Schwamborn. Das anvisierte Gesamtkonzept sehe für ihn zudem eher nach einer Weltanschauungsschule aus, meinte Richter Voigt abschließend.

Die hätte der Verband aber bewusst nicht gewollt und beantragt, so der Nürnberger Vorsitzende Helmut Fink: „Es geht uns nicht um Indoktrination“. Geplant sei eine Schule, die der aufklärerischen Tradition des weltlichen Humanismus verpflichtet ist. Den Schulbehörden, die dem christlichen Menschenbild der bayerischen Verfassung verbunden seien, sei das wohl ein Dorn im Auge. alt